

Kosovo: Die Hoffnung, als Optimist recht zu haben

Hans-Ulrich Helfer

Die Schweiz ist seit vielen Jahren mit dem Kosovo verbunden. Denn bereits vor Kriegsausbruch im März 1999 lebte eine bedeutende kosovo-albanische Gemeinschaft in der Schweiz. Deshalb war der neutrale Staat für die Kosovaren das bevorzugte Asylland. Wie stabil ist der Kosovo und die Region aber heute? Sicherheitspolitik befragte namhafte politische Vertreter und die Bevölkerung vorort und setzt die Erkenntnisse in einen grösseren Zusammenhang.

Geschichte und Bodenschätze

Der serbische Prinz Lazar fiel am 28. Juni 1389 in der Schlacht am Amselfeld als er den Türken den Weg in den Norden verwehren wollte. Bis heute feiern die Serben das damals erbrachte Opfer. Erst 1878 konnte Serbien seine Unabhängigkeit von der jahrhundertlangen türkischen Herrschaft erlangen. Kosovo verblieb damals im ottomanischen Reich. In Prizren wurde jedoch die «Liga von Prizren» gegründet, die als Geburtsstunde des albanischen Nationalismus gilt. Nach dem zweiten Weltkrieg war Kosovo Teil der Republik Serbien. Unter Tito erlangte Kosovo 1974 volle Autonomie mit fast den gleichen Rechten wie die sechs Staaten der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien. Die Autonomie Kosovos wurde anlässlich der Gedenkfeier zur 600. Wiederkehr der Schlacht am Amselfeld überraschend und unter umsturzähnlichen Umständen abgeschafft. Eine 'politische Säuberung' führte dazu, dass die meisten Kosovaren-Albaner aus dem öffentlichen und wirtschaftlichen Leben ausgeschlossen wurden.

Der heutige Kosovo umfasst eine Fläche von 10'887 km², also etwa einem Viertel der Schweiz. Von rund 2 Millionen Einwohner sind etwa 95 Prozent Albaner, weitere Völkergruppen sind Serben, Montenegriner, Roma und Türken. Neben der Hauptstadt Pristina, sind wichtige Städte: Mitrovica, Peja, Prizreni, Gjakova und Ferizaj. Mehr als 80 Prozent aller Ortschaften zählen weniger als 1'000 Einwohner. Rund 70 Prozent der Wirtschaftstätigkeiten ist in den Städten konzentriert.

Die wirtschaftliche Überlebensfähigkeit könnte durch die Bodenschätze des



Die kommende starke Frau im Kosovo: LDK-Vizepräsidentin Nekebi Kelmendi. Ehemann und zwei Söhne wurden vom serbischen Geheimdienst hingerichtet. Sie setzt sich vehement für einen freien Staat «Kosovo» ein.

Kosovos gesichert werden. Rund 50 Prozent entfallen auf Erze, 48 Prozent auf Kohle und 2 Prozent auf Nichtmetalle. Kosovo verfügt über Blei- und Silberreserven in der Nähe von Trepca; Zink und Magnesit unweit von Goles bei Pristina; Chrom bei Deva in der Nähe von Djakovica; Nickel bei Goles sowie Bauxit bei Klina.

Krieg, Massenflucht und Zerstörungen

Als der serbische Geheimdienst im März 1999 mit Sondereinheiten wichtige alba-

nische Vertreter exekutierte, wie etwa Ehemann und Söhne der heutigen LDK-Vizepräsidentin Nekebi Kelmendi, und im Kosovo einmarschierte, kam es zu einer Massenflucht. Fast eine Million - rund die Hälfte der Bevölkerung - wurde zwischen dem März und Juni 1999 deportiert oder flüchtete.

Im Jahr 2000 wohnten in der Schweiz rund 1,52 Millionen Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Nahezu ein Viertel aller Ausländer (23,7%) sind in der Schweiz geboren und gehören somit zur zweiten oder sogar dritten Ausländergeneration. Mehr als ein Drittel (36,1%) aller im Ausland Geborenen halten sich seit mindestens 15 Jahren in der Schweiz auf, 16,5% sogar seit mindestens 30 Jahren. Nach wie vor stammt eine knappe Mehrheit der Ausländer (55,5%) aus einem Mitgliedsland der EU oder EFTA. Mit 326'700 Personen repräsentierten die Italiener im Jahre 2000 weiterhin die stärkste Einzelnationalität, gefolgt von den 211'100 Staatsangehörigen der heutigen Bundesrepublik Jugoslawien, vorwiegend aus dem Kosovo.

Zwischen der schweizerischen und der albanischen Bevölkerung bestehen seit Jahrzehnten enge Beziehungen. Zu Zehntausenden sind Sie als Gastarbeiter und Gastarbeiterinnen in die Schweiz gekommen und haben mitgeholfen, den Wohlstand der Schweiz zu mehren und zu erhalten. Zusammen mit ihren Familienangehörigen bilden sie heute in der Schweiz eine wichtige Minderheit.

Zwischen Mai 1998 und August 1999 sind zusätzlich rund 50'000 Kriegsvertriebene aus dem Kosovo in die Schweiz gelangt, weil Flüchtlinge wie immer vorerst einmal ihre Verwandten aufsuchen. Die Schweiz hatte bei internationalen Konferenzen wiederholt auf ihre spezielle Flüchtlingssituation hingewiesen und die andern Staaten aufgefordert, für ein System der internationalen Lastenverteilung Hand zu bieten. Sie wurde bei diesem Anliegen aber nur von Deutschland unterstützt. Die andern Staaten machten geltend, sie hätten zwar weniger Asylsuchende, würden sich im Unterschied zur Schweiz aber am NATO-Einsatz beteiligen.

So wies nur Deutschland vergleichbare Gesamtzahlen auf, bezüglich prozentualer Belastung stand die Schweiz hingegen weit an der Spitze. Flüchtlingsaufnahme in der Zeit vom 1. Januar 1998 bis 30. Juni 1999: D: 53'115; CH: 43'032; A: 11'985; GB: 11'963; B: 11'081; NL: 6'457; S: 4'690; I: 3'800; F:

2'247; N: 2'237; DK: 965; F: 468; E: 281; IR: 254

Im Juni 1999 kehrten in einem der schnellsten Rückkehrbewegungen der Geschichte innerhalb von drei Wochen 600'000 Albaner aus den umliegenden Regionen in den Kosovo zurück. In einer Gegenbewegung suchten jedoch nach Schätzungen rund 230'000 Serben und Roma aus Angst vor Vergeltungsmassnahmen Schutz in Serbien und Montenegro. Zwischen dem 1. Juli 1999 und Ende November 2000 sind gegen 40'000 Kriegsvertriebene, die in der Schweiz Zuflucht gefunden hatten, wieder in ihre Heimat zurückgekehrt. Nachdem es in Mazedonien anfangs 2001 zu einem offenen Konflikt kam, flüchten rund 150'000 Albaner aus Mazedonien vor allem in den benachbarten Kosovo.

Laut internationalen Schätzungen wurden 1999 im Kosovo von den bestehenden 250'000 Einfamilienhäusern etwa 120'000 beschädigt oder zerstört. Mehr als 600 der 750 existierenden Dörfer wurden durch Granaten teilbeschädigt oder sogar durch serbische Bulldozer total zerstört. Nach rudimentären Schätzungen beträgt der Schaden alleine für die privaten Haushalte zirka 6 Milliarden USD, was 8 Jahre BIP 1997 der Provinz Kosovo entspricht. Dabei sind nicht berücksichtigt die öffentliche Infrastruktur, die privaten Firmen sowie die Staatsbetriebe.

Wirtschaftlicher Wiederaufbau

Am 10. Juni 1999 beauftragte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mit seiner Resolution 1244 den Generalsekretär, im Kosovo eine zivile Verwaltung aufzubauen. Die Vollziehung sowie die Justiz wurden auf die UNMIK (United Nations Interim Administration Mission in Kosovo) übertragen. Die UNMIK ist beauftragt eine weitgehende Autonomie und Selbstverwaltung im Kosovo zu errichten, eine Verwaltung aufzubauen, den Wiederaufbau der Infrastruktur und die Hilfsprogramme zu unterstützen, die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, die Menschenrechte zu fördern, die Sicherheit aller Heimkehrer zu garantieren.

Es ist nicht zu bestreiten, dass Kosovo immer die ärmste Provinz Jugoslawiens war. Hingegen bestand doch wohl auf tieferem Niveau ein funktionierender Alltag. Das BIP betrug in den späten Achtzigerjahre rund 1'000 USD pro Kopf der Bevölkerung. Der Anteil der Industrie betrug etwa ein Drittel des BIP, Landwirtschaft rund 29 Prozent, Handel

etwa 11 Prozent, Bauwirtschaft 9 Prozent und der Rest verteilte sich auf Transporte und sonstige Dienstleistungen. In den Neunzigerjahre ging es steil



Bujar Bukoshi, ehemaliger Premierminister der Exilregierung Kosovos ist mit den Fortschritten der UNMIK nicht zufrieden. Zwei Jahre nach Einsetzung der UNMIK gibt es noch keine funktionierende Stromversorgung. Er freut sich hingegen sehr über die Haltung der Schweiz gegenüber seinen Landsleuten und bedankt sich für die grosszügige Aufnahme der Flüchtlinge.

bergab und das Land wurde auf die wirtschaftliche Entwicklungsstufe der fünfziger Jahre zurückgeworfen.

Eine äusserst wichtige Rolle spielt heute die Schattenwirtschaft. Die offizielle Arbeitslosigkeit stieg unmittelbar nach dem Krieg auf rund 70 Prozent an und liegt gegenwärtig bei rund 65 Prozent. Die Arbeitslosenrate dürfte in Wahrheit jedoch um einiges tiefer liegen, weil viele Menschen in der Schattenwirtschaft arbeiten. Zudem wird diese genährt von finanziellen Zuwendungen der Auslandsalbaner, die ihre Familien unterstützen. Nach offiziellen Schätzungen zufolge betragen diese Transferleistungen rund 200 Millionen Euro pro Jahr. Diese Schattenwirtschaft ist auch einer der Gründe, dass der westeuropäische Besucher den Eindruck hat, dass der Kleinhandel und die privaten Dienstleistungen funktionieren, hingegen nicht die dem Staat (UNMIK) zufallenden Aufgaben wie etwa Strom- oder Wasserversorgung. Zweieinhalb Jahre nach dem Krieg ist es dem Staat noch nicht gelungen, wieder eine funktionierende Stromversorgung zu installieren.

Um an UNMIK- oder EU-Wiederaufbauprojekten teilhaben zu können, ist es notwendig, sich bei den ausschreibenden Stellen registrieren zu lassen. Korrespondenzsprache ist dabei ausschliesslich Englisch. Nach wie vor werden Strassenbauabschnitte vergeben. Geschäftschancen ausserhalb der offiziellen Wiederaufbauprojekten bestehen jedoch auch im Landwirtschaftsbereich sowie im Energiebereich. Ebenfalls interessant sind Geschäftsfelder wie Büroausstattung oder autonome Produkte der Sicherheitsbranche. Seit Oktober 2000 ist es Investoren möglich, von der Multilateral Investment Guarantee Agency (MIGA) eine Garantie zur Absi-

cherung des politischen Risikos im Kosovo zu bekommen. Siehe dazu auch: <http://www.miga.org>

Mit dem Abzug der jugoslawischen Verwaltung wurden auch alle Banken geschlossen. Nach wie vor sind die Renten von 120'000 albanischen Bürgern sowie rund 1 Milliarde USD Kontenguthaben in Belgrad blockiert. Als erste neue Geschäftsbank wurde die Micro Enterprise Bank (MEB) mit Niederlassungen in Pristina und Prizren (Tel: +381 (38) 549 624) gegründet.

Optimistische oder eine pessimistische Zukunft

Optimisten setzen auf die in den letzten zwei Jahren erzielten Fortschritte. Sie heben die kleinen Fortschritte im gesamten ehemaligen Jugoslawien hervor. Den verschiedenen Kriegen ist ein pseudofriedliches Patt gefolgt, dass durch verschiedene internationale Organisationen gesichert wird. Doch der Hass zwischen Serben, Muslimen und Kroaten ist nach wie vor vorhanden und sitzt tief. Für die meisten Kosovo-Albaner ist nach dem Krieg von 1999 eine Zusammenarbeit mit den Serben zuwider, letztere warten nur darauf, wiederum in den Kosovo einzufallen und ihr 'Jerusalem' heimzuholen.

Anfangs 2001 gelangte Mazedonien an den Rand eines Bürgerkrieges. In einem wiederum ethnisch motivierten Konflikt lieferten sich Regierungstruppen und Guerillaeinheiten Gefechte, was eine Verschlechterung der Beziehungen zwischen der albanischen Minderheit und der slawischen Mehrheit führte. Pessimisten gehen davon aus, dass sich der Konflikt in Mazedonien im 2002 stark ausweitete. Die Folge könnte das weit schlimmere Szenario eines offenen Krieges unter Einbezug der umliegenden Staaten mit mehreren hunderttausend Flüchtlinge sein. Es gilt als sicher, dass in einem solchen Falle die Schweiz wiederum europäischer Hauptlastenträger der Flüchtlingswelle sein wird.

Quellen: Hans-Ulrich Helfer, persönliche Gespräche mit wichtigen Parteifunktionären und Landsleuten im Kosovo. Bericht «Die Balkanpolitik des Bundesrates». Homepage: <http://www.admin.ch>. Wirtschaftskammer Österreich. Flüchtlinge (UHNCR). ◆